



Ausschreibungen von Arbeiten und Leistungen

Stadtbetrieb Zentrale Dienste

Vergabeart: **Offenes Verfahren (VOL)**

Es sollen vergeben werden: **Lieferung von Fällmitteln in 4 Losen, Klärwerke Düsseldorf Nord und Düsseldorf Süd.** Gesamtmenge bzw. -umfang: Lieferung von Eisen-III-chlorid- (ca. 4150 t/Jahr) oder Eisen-III-chlorid Sulfat-Lösungen (ca. 4700 t/Jahr) sowie Natrium-Aluminat-Lösungen (ca. 2400 t/Jahr) zur Deckung des Bedarfs der Klärwerke Düsseldorf-Nord und Düsseldorf-Süd in vier Losen; Klärwerk Düsseldorf-Nord, Isseldyk 60, 40667 Meerbusch (Lose 1 und 4); Klärwerk Düsseldorf-Süd, Auf dem Draap 15, 40221 Düsseldorf (Lose 2 und 3); Los 1: Klärwerk Düsseldorf-Nord (Entwässerung + Fällung): ca. 1500 t/Jahr Eisen-III-chlorid-Lösung oder ca. 1700 t/Jahr Eisen-III-chloridsulfat-Lösung; Los 2: Klärwerk Düsseldorf-Süd (Entwässerung + Fällung): ca. 2650 t/Jahr Eisen-III-chlorid-Lösung oder ca. 3000 t/Jahr Eisen-III-chloridsulfat-Lösung; Los 3: Klärwerk Düsseldorf-Süd (Fällung): ca. 1300 t/Jahr Natrium-Aluminat-Lösung (filtriert); Los 4: Klärwerk Düsseldorf-Nord (Fällung): ca. 1100 t/Jahr Natrium-Aluminat-Lösung (filtriert). 4 Lose, Angebotsabgabe möglich für ein oder mehrere Lose. Keine Optionen. Varianten/ Alternativangebote sind nicht zulässig. Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer. Laufzeit der Rahmenvereinbarung in Monaten: 48. Vertragslaufzeit: 15. August 2014 bis 14. August 2018. Bei dieser Ausschreibung besteht die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen Angebotsabgabe über das Internet. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.vergabe.duesseldorf.de. Ausgabe ab: 02.06.2014. Ausgabe bis: 23.06.2014. Es entstehen Druckkosten in Höhe von 7,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Schlusstermin für den Eingang der Angebote: 30.06.2014 um 10:30 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 12.08.2014. Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: keine. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/ oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: Zahlungen erfolgen nach § 17 VOL/B. Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend. Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Folgende Erklärungen und Nachweise sind mit dem Angebot vorzulegen (fehlende und auf Anforderung innerhalb der gesetzten Frist nicht nachgereichte Unterlagen führen zum Ausschluss vom Vergabeverfahren!): - Eigenerklärung gemäß Anlage A der Vergabeunterlagen über die ordnungsgemäße Zahlung von Steuern und Abgaben. Auf Anforderung des Auftraggebers sind aktuelle Bestätigungen der zuständigen Behörde (nicht älter als 3 Monate) vorzulegen. - Eigenerklärung gemäß Anlage A der Vergabeunterlagen über die ordnungsgemäße Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge sowie der Beiträge zur Berufsgenossenschaft. Auf Anforderung des Auftraggebers ist eine aktuelle Bestätigung der

zuständigen Behörde (nicht älter als 3 Monate) vorzulegen. - Nachweis der Eintragung in das einschlägige Handelsregister (nicht älter als 3 Monate) oder eines vergleichbaren Registers des Herkunftslandes. - Verpflichtungserklärung nach § 18 Tarifreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) zur Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen (s. Vordruck Lg 412 in den Vergabeunterlagen). - Verpflichtungserklärung nach § 19 TVgG NRW zur Frauenförderung und Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (s. Vordruck Lg 413 in den Vergabeunterlagen). Technische Leistungsfähigkeit Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Folgende Erklärungen und Nachweise sind mit dem Angebot vorzulegen (fehlende und auf Anforderung innerhalb der gesetzten Frist nicht nachgereichte Unterlagen führen zum Ausschluss vom Vergabeverfahren!): - Referenzen über die Ausführung von Leistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, mit Angabe des Auftraggebers, von Auftragsdauer, Ausführungsort und Anschrift. - Angaben zu Anzahl und Transportkapazitäten der vorhandenen Transportfahrzeuge. - Produktdatenblätter. - Sicherheitsdatenblätter gemäß REACH-Standard. Den Zuschlag erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis. Einlegung von Rechtsbehelfen, genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Nach § 101b Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages mit einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage ab Kenntnis des Verstoßes, der zur Unwirksamkeit des Vertrages führt, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss oder im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung. Nach § 107 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit - der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Nähere Auskünfte sind erhältlich bei: Landeshauptstadt Düsseldorf, Der Oberbürgermeister, Stadtbetrieb Zentrale Dienste, 40200 Düsseldorf, Herr Hamacher, Tel.: +49(0)211.89-21816, Fax: +49(0)211.8935816, ralf.hamacher@duesseldorf.de. Diese Veröffentlichung wurde redaktionell gekürzt, enthält aber alle maßgeblichen Inhalte der

EU-weiten Veröffentlichung. Der komplette Veröffentlichungstext kann im Supplement zum Amtsblatt der EU unter <http://ted.europa.eu> oder auf den Internet-Seiten der Stadt Düsseldorf: <http://www.duesseldorf.de/bauverwaltung/ausschreibung/vol/index.shtml> eingesehen oder beim Bauverwaltungsamt - Submissionsstelle - (Tel. 0211/89-96621 Frau Krapp) angefordert werden.

■ Amt für Gebäudemanagement

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOB)**

Es sollen vergeben werden: **Fensterarbeiten, Schule Graf-Recke-Straße.** Umfang der Leistung: Erneuerung von 12 St Aluminiumfenstern der Turn- und Gymnastikhallen mit einer Gesamtfäche von 127 qm. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Ausführungs-/Lieferzeit: 04. Juli 2014 bis 15. August 2014. Sicherheitsleistungen: keine. Ausgabe der Angebotsvordrucke ab: 02.06.2014. Ausgabe bis: 18.06.2014. Druckkosten: 14,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Eröffnung der Angebote: 25.06.2014 um 10:30 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 25.07.2014. Referenzen sind dem Angebot gemäß den Vergabeunterlagen beizufügen. Bieter, sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit sie bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, sind verpflichtet, die gem. §§ 4 und 18 des Tarifreue- und Vergabegesetzes NRW vom 10.01.2012 geforderten Verpflichtungserklärungen abzugeben.

■ Vergabeart: **Verhandlungsverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb (VOF)**

Es sollen vergeben werden: **Architektenleistungen, Leistungsphasen 1-9 gemäß Teil III § 34 HOAI, Schule Cimbernstraße.** Gesamtmenge bzw. -umfang: Erweiterung zu einer 3-zügigen Grundschule Cimbernstraße - Hochbau Architektenleistungen, Leistungsphasen 1-9 gemäß Teil III § 34 HOAI; die Landeshauptstadt Düsseldorf beabsichtigt die Errichtung eines Erweiterungsbaus an den Bestand der Grundschule Cimbernstraße. Der Schulerweiterungsbau soll rd. 1.200 qm Nutzfläche (NF) umfassen und aus Unterrichtsräumen, Betreuungsräumen, Mehrzweckräumen, Nebenräumen/ Lagerräumen, einer Mensa und zusätzlichen Flächen für die Verwaltung bestehen. Die Projektkosten für den Erweiterungsbau werden derzeit für die KG 200 - 700 auf ca. 4,9 Mio. EUR brutto geschätzt. Die bauliche Fertigstellung ist für 2018 vorgesehen; Hochbau-Architekturleistungen - Teil III § 34 HOAI - Leistungsphasen 1-9. Die Beauftragung der Leistungen erfolgt stufenweise und in Abhängigkeit von bauherrenseitigen Entscheidungsgremien

bezüglich der Weiterführung des Projektes. Der Auftraggeber hat jederzeit die Möglichkeit, das Planungsverfahren zu beenden, ohne dass daraus ein Anspruch auf weitere Beauftragung besteht, noch können daraus sonstige vertragliche Verpflichtungen für den Auftraggeber entstehen. Keine Lose. Keine Optionen. Varianten/Alternativangebote sind nicht zulässig. Ausgabe der Unterlagen ab: 02.06.2014. Ausgabe bis: 25.06.2014. Es entstehen keine Druckkosten. Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02.07.2014 um 12:00 Uhr. Geforderte Kautionen und Sicherheiten: Nachweis über das Vorliegen oder die rechtsverbindliche Zusage einer Berufshaftpflichtversicherung für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden je Schadensfall, welche bei einem in der EU zugelassenen Versicherer abgeschlossen ist. Die Deckungssumme je Schadensfall soll mind. 2,0 Mio. EUR betragen. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das 2-fache der Deckungssummen pro Jahr betragen. Die Berufshaftpflichtversicherung ist in voller Höhe von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft nachzuweisen. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: Gemäß AVB und HOAI in der zur Beauftragung gültigen Fassung. Nähere Angaben auch in den Vergabeunterlagen, die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbes an die qualifizierten und somit zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber versendet werden. Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftende Bietergemeinschaft. Mehrfachbewerbungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbewerber und gleichzeitig Gesellschafter einer Bietergemeinschaft, werden ausgeschlossen, sofern die betroffenen Bewerber nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden. Die Vergabestelle wertet es nicht als unzulässige Doppelbewerbung, wenn Nachunternehmer von verschiedenen Bietern eingebunden werden. Zwingende Maßgabe hierbei ist es jedoch einerseits, dass der Nachunternehmer keine Kenntnis von den Angebotspreisen der relevanten Bietergemeinschaften hat. Dies ist durch rechtsverbindliche Erklärung des jeweiligen Nachunternehmers gegenüber der Vergabestelle zu versichern. Andererseits darf die Doppelbeteiligung von Nachunternehmern nicht dazu führen, dass ein Bieter (Bietergemeinschaft) zwingende Rückschlüsse auf den Angebotspreis eines anderen Bieters (Bietergemeinschaft) ziehen kann (z.B. infolge weit überwiegender Identität der Nachunternehmer). Im Falle einer unzulässigen Doppelbewerbung müssen zur Wahrung des Wettbewerbsprinzips beide betroffenen Bieter ausgeschlossen werden. Die Bietergemeinschaften dürfen nur aus 2 Teilnehmerbüros zusammengesetzt sein. Ein späterer Wechsel der Teilnehmerbüros einer Bietergemeinschaft ist nicht möglich. Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister; Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Die geforderten Nachweise und Erklärungen sind in einem Bewerbungsbogen für den Teilnahmeantrag zusammengefasst, welcher bei der u. g. Submissionsstelle der Stadtverwaltung Düsseldorf, per E-Mail, Fax oder per Postweg angefordert werden kann. Bitte geben Sie die Kontaktdaten bekannt, an die der Teilnahmeantrag versendet werden soll. Bewerbungen sind nur mit diesem Teilnahmeantrag möglich. Formlose Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Der Teilnahmeantrag ist vollständig ausgefüllt und von dem Büroinhaber, einem Geschäftsführer oder dem bevollmächtigtem Ver-

treter rechtsverbindlich unterschrieben einzureichen. Bei Bietergemeinschaften ist der Bewerbungsbogen von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln auszufüllen und zusammengeführt, durch den bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft oder des Architekten einzureichen. Rechtslage - Geforderte Nachweise: a) Verbindliche unterschriebene Erklärung zu § 2 Abs. 3 VOF, dass keine Abhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen bestehen. b) Verbindliche unterschriebene Erklärung zu § 4 Abs. 2 VOF (Auskunftspflicht). c) Verbindliche unterschriebene Erklärung, dass die in § 4 Abs. 6 und § 4 Abs. 9 VOF aufgeführten Ausschlusskriterien nicht zutreffen. d) Bieter, sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit sie bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, sind verpflichtet, die gemäß § 4 des Tarifreue- und Vergabegesetzes NRW vom 10.01.2012 geforderte Verpflichtungserklärung abzugeben. Zudem ist die Verpflichtungserklärung gemäß § 19 TVgG-NRW vom Bieter abzugeben. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: a) Nachweis über das Vorliegen oder die rechtsverbindliche Zusage der Haftpflichtversicherung mit Deckungssummen je Schadensfall von mind. 2.000.000 EUR für Personenschäden und 2.000.000 EUR für Sach- und Vermögensschäden. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das 2-fache der Deckungssummen pro Jahr betragen. b) Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbaren Dienstleistungen in den letzten drei Jahren. Beabsichtigt der Bewerber, die Dienstleistung in Zusammenarbeit mit Dritten (in Bietergemeinschaft oder mit Nachunternehmern) zu erbringen, müssen die Angaben/ Nachweise auch für die Dritten erbracht werden (gilt nicht für Versicherungsnachweis). Technische Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: 1. Fachliche Qualifikation: 1.1 Referenzprojekte-Mindestkriterien: Folgende Festlegungen sind zwingend zu beachten: a) Für jede Referenz ist ein Referenzschreiben vorzulegen. Die Referenz wird nur bei Vorlage dieses Referenzschreibens gewertet. Das Referenzschreiben muss Aussage über Kosten, Termine, Umfang der Leistung (Leistungsphasen), Art der Maßnahme und Qualitäten enthalten. b) Die Referenzprojekte müssen in den letzten 5 Jahren (2009-2014) abgeschlossen worden sein. Referenzprojekte, bei denen Planungsleistungen nach § 34 HOAI erbracht wurden, gelten nach Abschluss der Leistungsphase 8 als abgeschlossen. c) Referenzprojekte müssen mindestens der Honorarzone III gem. Objektliste HOAI zuzuordnen sein. d) Mindestens eins der Referenzprojekte aus den letzten Jahren muss ein Schulgebäude sein, welches sich mindestens der Honorarzone III gem. Objektliste HOAI zuordnen lässt. e) Bei den Referenzen müssen bei Planungsleistungen nach HOAI § 34 mindestens die Leistungsphasen 2-8 erbracht sein. f) Bei den Referenzprojekten muss die Nutzfläche (NF) ≥ 500 qm sein. g) Bei den Referenzprojekten müssen die Kosten der KG 300 + 400 insgesamt $\geq 1.000.000$ EUR brutto sein. 1.2 Wertung der Referenzprojekte: Die Referenzen für die fachliche Qualifikation fließen als Kriterium für die Auswahl der Bewerber mit einer Wichtung von 100 % in die Gesamtwertung ein. Es müssen, auch bei Bietergemeinschaften insgesamt mindestens 3 Referenzen eingereicht werden, darüber hinaus dürfen beliebig Referenzen eingereicht werden. Dabei gilt zu beachten, dass der Mittelwert aus allen Referenzen gebildet wird. Fol-

gende Angaben werden zur Wertung der Referenzprojekte herangezogen: - Gebäudetypologie, - Komplexität des Referenzprojekts, - Erfahrung mit öffentlichem Auftraggeber. 2. Personelle Besetzung: Mindestkriterium zur personellen Besetzung: Der Bewerber/ die Bietergemeinschaft muss insgesamt durchschnittlich mindestens 5 Architekten/ Ingenieure in den letzten 3 Jahren beschäftigt haben. Angaben zu einem besonderen Berufsstand: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Zugelassen sind alle Bewerberinnen und Bewerber, die nach § 19 VOF berechtigt sind, die Berufsbezeichnung "Architekt" oder "Ingenieur" zu tragen und über die erforderlichen Nachweise verfügen. Für juristische Personen gilt § 19 Abs. 3 VOF. Der Nachweis ist den Bewerbungsunterlagen beizulegen. Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der oben genannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gewährleistet ist. Juristische Personen erfüllen diese Voraussetzungen, sofern deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungs- bzw. Ingenieurleistungen gerichtet ist und sie einen verantwortlichen Berufsangehörigen im vorstehenden Sinne benennen. Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind. Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: geplante Mindestzahl: 3 und Höchstzahl: 5. Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Vgl. Angaben in Ziffern III.2.1) bis III.2.3) [der Veröffentlichung im Supplement zum Amtsblatt der EU] (Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister bis Technische Leistungsfähigkeit). Mit dem Bewerbungsbogen für den Teilnahmeantrag wird eine Wertungsmatrix übermittelt. Den Zuschlag erhält das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind. Zusätzliche Angaben: Die geforderten Nachweise und Angaben sind in Form eines Teilnahmeantrags zusammengefasst, der bei der u. g. Submissionsstelle der Stadtverwaltung Düsseldorf per E-Mail angefordert werden kann. Fragen sind spätestens bis 6 Tage vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist am 02.07.2014 bei der Submissionsstelle der Stadtverwaltung Düsseldorf schriftlich per Mail oder Fax zu stellen. Einlegung von Rechtsbehelfen: Nach § 101b Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages mit einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage ab Kenntnis des Verstoßes, der zur Unwirksamkeit des Vertrages führt, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragschluss oder im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung. Nach § 107 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit - der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabever-

fahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Nähere Auskünfte sind erhältlich bei: SPM Projektmanagement GmbH, Berliner Allee 41, 40212 Düsseldorf, Herrn Mersin Kurbasevic, Tel.: +49(0)211.30125780, Fax: +49(0)211.30125788, kurbasevic@stein-pm.de. Diese Veröffentlichung wurde redaktionell gekürzt, enthält aber alle maßgeblichen Inhalte der EU-weiten Veröffentlichung. Der komplette Veröffentlichungstext kann im Supplement zum Amtsblatt der EU unter <http://ted.europa.eu> oder auf den Internet-Seiten der Stadt Düsseldorf: <http://www.duesseldorf.de/bauverwaltung/ausschreibung/vof/index.shtml> eingesehen oder beim Bauverwaltungsamt - Submissionsstelle - (Tel. 0211/89-96621 Frau Krapp) angefordert werden.



Vergabearbeit: **Verhandlungsverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb (VOF)**

Es sollen vergeben werden: **Architektenleistungen, Leistungsphasen 1-9 gemäß Teil III § 34 HOAI, Schule Wickrather Straße.** Gesamtmenge bzw. -umfang: Erweiterung zu einer 4-zügigen Grundschule Wickrather Straße - Hochbau Architektenleistungen, Leistungsphasen 1-9 gemäß Teil III § 34 HOAI; die Landeshauptstadt Düsseldorf beabsichtigt eine Erweiterung der 2-zügigen Grundschule an der Wickelrather Straße auf eine 4-zügige Grundschule. Der Schulerweiterungsbau soll rd. 1.630 qm Nutzfläche (NF) umfassen und aus Unterrichtsräumen, Betreuungsräumen, Mehrzweckräumen, Nebenräumen/ Lagerräumen, einer Mensa und zusätzlichen Flächen für die Verwaltung bestehen. Die Projektkosten für den Erweiterungsbau werden derzeit für die KG 200 – 700 auf ca. 5,7 Mio. EUR brutto geschätzt. Die bauliche Fertigstellung ist für 2018 vorgesehen; Hochbau-Architekturleistungen - Teil III § 34 HOAI - Leistungsphasen 1-9. Die Beauftragung der Leistungen erfolgt stufenweise und in Abhängigkeit von bauherrenseitigen Entscheidungsgremien bezüglich der Weiterführung des Projektes. Der Auftraggeber hat jederzeit die Möglichkeit, das Planungsverfahren zu beenden, ohne dass daraus ein Anspruch auf weitere Beauftragung besteht, noch können daraus sonstige vertragliche Verpflichtungen für den Auftraggeber entstehen. Keine Lose. Keine Optionen. Varianten/ Alternativangebote sind nicht zulässig. Ausgabe der Unterlagen ab: 02.06. 2014. Ausgabe bis: 25.06.2014. Es entstehen keine Druckkosten. Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02.07.2014 um 12:30 Uhr. Geforderte Kautionen und Sicherheiten: Nachweis über das Vorliegen oder die rechtsverbindliche Zusage einer Berufshaftpflichtversicherung für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden je Schadensfall, welche bei einem in der EU zugelassenen Versicherer abgeschlossen ist. Die Deckungssumme je Schadensfall soll mind. 2,0 Mio. EUR betragen. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das 2-fache der Deckungssummen pro Jahr betragen. Die Berufshaftpflicht-

versicherung ist in voller Höhe von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft nachzuweisen. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: Gemäß AVB und HOAI in der zur Beauftragung gültigen Fassung. Nähere Angaben auch in den Vergabeunterlagen, die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbes an die qualifizierten und somit zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber versendet werden. Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftende Bietergemeinschaft. Mehrfachbewerbungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbewerber und gleichzeitig Gesellschafter einer Bietergemeinschaft, werden ausgeschlossen, sofern die betroffenen Bewerber nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden. Die Vergabestelle wertet es nicht als unzulässige Doppelbewerbung, wenn Nachunternehmer von verschiedenen Bietern eingebunden werden. Zwingende Maßgabe hierbei ist es jedoch einerseits, dass der Nachunternehmer keine Kenntnis von den Angebotspreisen der relevanten Bietergemeinschaften hat. Dies ist durch rechtsverbindliche Erklärung des jeweiligen Nachunternehmers gegenüber der Vergabestelle zu versichern. Andererseits darf die Doppelbeteiligung von Nachunternehmern nicht dazu führen, dass ein Bieter (Bietergemeinschaft) zwingende Rückschlüsse auf den Angebotspreis eines anderen Bieters (Bietergemeinschaft) ziehen kann (z.B. infolge weit überwiegender Identität der Nachunternehmer). Im Falle einer unzulässigen Doppelbewerbung müssen zur Wahrung des Wettbewerbsprinzips beide betroffenen Bieter ausgeschlossen werden. Die Bietergemeinschaften dürfen nur aus 2 Teilnehmerbüros zusammengesetzt sein. Ein späterer Wechsel der Teilnehmerbüros einer Bietergemeinschaft ist nicht möglich. Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister; Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Die geforderten Nachweise und Erklärungen sind in einem Bewerbungsbogen für den Teilnahmeantrag zusammengefasst, welcher bei der u. g. Submissionsstelle der Stadtverwaltung Düsseldorf, per E-Mail, Fax oder per Postweg angefordert werden kann. Bitte geben Sie die Kontaktdaten bekannt, an die der Teilnahmeantrag versendet werden soll. Bewerbungen sind nur mit diesem Teilnahmeantrag möglich. Formlose Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Der Teilnahmeantrag ist vollständig ausgefüllt und von dem Bürolinhaber, einem Geschäftsführer oder dem bevollmächtigtem Vertreter rechtsverbindlich unterschrieben einzureichen. Bei Bietergemeinschaften ist der Bewerbungsbogen von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln auszufüllen und zusammengeführt, durch den bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft oder des Architekten einzureichen. Rechtslage - Geforderte Nachweise: a) Verbindliche unterschriebene Erklärung zu § 2 Abs. 3 VOF, dass keine Abhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen bestehen. b) Verbindliche unterschriebene Erklärung zu § 4 Abs. 2 VOF (Auskunftspflicht). c) Verbindliche unterschriebene Erklärung, dass die in § 4 Abs. 6 und § 4 Abs. 9 VOF aufgeführten Ausschlusskriterien nicht zutreffen. d) Bieter, sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit sie bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, sind verpflichtet, die gemäß § 4 des Tarifreue- und Vergabegesetzes NRW vom 10.01.2012 geforderte Verpflichtungserklärung abzugeben. Zudem ist die Verpflichtungserklärung gemäß § 19 TvG-NRW vom Bieter abzugeben. Wirtschaftliche und finanzielle

Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: a) Nachweis über das Vorliegen oder die rechtsverbindliche Zusage der Haftpflichtversicherung mit Deckungssummen je Schadensfall von mind. 2.000.000 EUR für Personenschäden und 2.000.000 EUR für Sach- und Vermögensschäden. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das 2-fache der Deckungssummen pro Jahr betragen. b) Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbaren Dienstleistungen in den letzten drei Jahren. Beabsichtigt der Bewerber, die Dienstleistung in Zusammenarbeit mit Dritten (in Bietergemeinschaft oder mit Nachunternehmern) zu erbringen, müssen die Angaben/ Nachweise auch für die Dritten erbracht werden (gilt nicht für Versicherungsnachweis). Technische Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: 1. Fachliche Qualifikation: 1.1 Referenzprojekte-Mindestkriterien: Folgende Festlegungen sind zwingend zu beachten: a) Für jede Referenz ist ein Referenzschreiben vorzulegen. Die Referenz wird nur bei Vorlage dieses Referenzschreibens gewertet. Das Referenzschreiben muss Aussage über Kosten, Termine, Umfang der Leistung (Leistungsphasen), Art der Maßnahme und Qualitäten enthalten. b) Die Referenzprojekte müssen in den letzten 5 Jahren (2009-2014) abgeschlossen worden sein. Referenzprojekte, bei denen Planungsleistungen nach § 34 HOAI erbracht wurden, gelten nach Abschluss der Leistungsphase 8 als abgeschlossen. c) Referenzprojekte müssen mindestens der Honorarzone III gem. Objektliste HOAI zuzuordnen sein. d) Mindestens eins der Referenzprojekte aus den letzten Jahren muss ein Schulgebäude sein, welches sich mindestens der Honorarzone III gem. Objektliste HOAI zuordnen lässt. e) Bei den Referenzen müssen bei Planungsleistungen nach HOAI § 34 mindestens die Leistungsphasen 2-8 erbracht sein. f) Bei den Referenzprojekten muss die Nutzfläche (NF) \geq 500 qm sein. g) Bei den Referenzprojekten müssen die Kosten der KG 300 + 400 insgesamt \geq 1.000.000 EUR brutto sein. 1.2 Wertung der Referenzprojekte: Die Referenzen für die fachliche Qualifikation fließen als Kriterium für die Auswahl der Bewerber mit einer Wichtung von 100 % in die Gesamtwertung ein. Es müssen, auch bei Bietergemeinschaften insgesamt mindestens 3 Referenzen eingereicht werden, darüber hinaus dürfen beliebig viele Referenzen eingereicht werden. Dabei gilt zu beachten, dass der Mittelwert aus allen Referenzen gebildet wird. Folgende Angaben werden zur Wertung der Referenzprojekte herangezogen: - Gebäudetypologie; - Komplexität des Referenzprojekts; - Erfahrung mit öffentlichem Auftraggeber. 2. Personelle Besetzung: Mindestkriterium zur personellen Besetzung: Der Bewerber/ die Bietergemeinschaft muss insgesamt durchschnittlich mindestens 5 Architekten/ Ingenieure in den letzten 3 Jahren beschäftigt haben. Angaben zu einem besonderen Berufsstand: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Zugelassen sind alle Bewerberinnen und Bewerber, die nach § 19 VOF berechtigt sind, die Berufsbezeichnung "Architekt" oder "Ingenieur" zu tragen und über die erforderlichen Nachweise verfügen. Für juristische Personen gilt § 19 Abs. 3 VOF. Der Nachweis ist den Bewerbungsunterlagen beizulegen. Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre

Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der oben genannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gewährleistet ist. Juristische Personen erfüllen diese Voraussetzungen, sofern deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungs- bzw. Ingenieurleistungen gerichtet ist und sie einen verantwortlichen Berufsangehörigen im vorstehenden Sinne benennen. Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind. Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: geplante Mindestzahl: 3 und Höchstzahl: 5. Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Vgl. Angaben in Ziffern III.2.1) bis III.2.3) [der Veröffentlichung im Supplement zum Amtsblatt der EU] (Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister bis Technische Leistungsfähigkeit). Mit dem Bewerbungsbogen für den Teilnahmeantrag wird eine Wertungsmatrix übermittelt. Den Zuschlag erhält das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind. Zusätzliche Angaben: Die geforderten Nachweise und Angaben sind in Form eines Teilnahmeantrags zusammengefasst, der bei der u. g. Submissionsstelle der Stadtverwaltung Düsseldorf per E-Mail angefordert werden kann. Fragen sind spätestens bis 6 Tage vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist am 02.07.2014 bei der Submissionsstelle der Stadtverwaltung Düsseldorf schriftlich per Mail oder Fax zu stellen. Einlegung von Rechtsbehelfen: Nach § 101b Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages mit einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage ab Kenntnis des Verstoßes, der zur Unwirksamkeit des Vertrages führt, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss oder im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung. Nach § 107 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit - der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Nähere Auskünfte sind erhältlich bei: SPM Projektmanagement GmbH, Berliner Allee 41, 40212 Düsseldorf, Herrn Mersin Kurbasevic, Tel.: +49(0)211.30125780, Fax: +49(0)211.30125788, kurbasevic@stein-pm.de. Diese Veröffentlichung wurde redaktionell gekürzt, enthält aber alle maßgeblichen Inhalte der EU-weiten Veröffentlichung. Der komplette Veröffentlichungstext kann im Supplement zum Amtsblatt der EU unter <http://ted.europa.eu> oder auf

den Internet-Seiten der Stadt Düsseldorf: <http://www.duesseldorf.de/bauverwaltung/ausschreibung/vof/index.shtml> eingesehen oder beim Bauverwaltungsamt - Submissionsstelle - (Tel. 0211/89-96621 Frau Krapp) angefordert werden.

■

Vermessungs- und Liegenschaftsamt

Vergabeart: **beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb (VOL)**

Es sollen vergeben werden: **Elektronischer Tachymeter**. Umfang der Leistung: Lieferung eines elektronischen Tachymeters. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Ausführungs-/Lieferzeit: August 2014. Sicherheitsleistungen: keine. Ausgabe der Teilnahmeunterlagen ab: 02.06.2014. Ausgabe bis: 18.06.2014. Es entstehen keine Druckkosten. Eröffnung der Teilnahmeangebote: 25.06.2014 um 12:00 Uhr. Bieter, sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit sie bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, sind verpflichtet, die gem. § 18 des Tarifreue- und Vergabegesetzes NRW vom 10.01.2012 geforderten Verpflichtungserklärungen abzugeben.

■

Amt für Verkehrsmanagement

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOB)**

Es sollen vergeben werden: **Neubau einer Lichtzeichenanlage, Knoten 31-42 Heinrich-Erhardt-Straße/ Toulouser Allee**. Umfang der Leistung: Im Rahmen der Errichtung der LZA Knoten 31-42 Heinrich-Erhardt-Straße/ Toulouser Allee sind ein neues Steuergerät, 18 St Masten, Peitschen, Kabel und 26 St Signalgeber zu installieren. Die Signalgeber sind in LED Technik auszuführen (siehe Leistungsbeschreibung). Am Wettbewerb können sich nur Bieter beteiligen, die vor Abgabe des Angebotes ihre Leistungsfähigkeit durch zur Verfügungstellung eines Prototyps des zum Einsatz vorgesehenen Steuergerätes und der probeweisen Anschaltung an das vorgegebene Rechnersystem, insbesondere nach den speziellen Anforderungen der Stadt Düsseldorf, nachweisen können. Ein Wartungs- und Instandhaltungsvertrag entsprechend der vom Auftraggeber gesetzten Bedingungen ist als Bestandteil des Angebotes mit einzureichen. Die Fertigstellung der Baumaßnahme muss 8 Wochen nach Auftragsbeginn sichergestellt sein. Ausführungs-/ Lieferzeit: 8 Wochen nach Auftragserteilung. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Sicherheitsleistungen: keine. Ausgabe ab: 02.06.2014. Ausgabe bis: 10.06.2014. Druckkosten: 24,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Eröffnung der Angebote: 17.06.2014 um 11:30 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 29.07.2014. Bieter, sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit sie bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, sind verpflichtet, die gemäß §§ 4 und 18 des Tarifreue- und Vergabegesetzes NRW vom 10.01.2012 geforderten Verpflichtungserklärungen abzugeben.

■

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOB)**

Es sollen vergeben werden: **Neubau einer Lichtzeichenanlage, Knoten 31-44 Toulouser Allee/ Anbindung FH/ U-Turn**. Umfang der Leistung: Im Rahmen der Errichtung der LZA Knoten 31-44 Toulouser Allee/ Anbindung FH/ U-Turn sind ein neues Steuergerät, 13 St Masten,

Peitschen, Kabel und 23 St Signalgeber zu installieren. Die Signalgeber sind in LED Technik auszuführen (siehe Leistungsbeschreibung). Am Wettbewerb können sich nur Bieter beteiligen, die vor Abgabe des Angebotes ihre Leistungsfähigkeit durch zur Verfügungstellung eines Prototyps des zum Einsatz vorgesehenen Steuergerätes und der probeweisen Anschaltung an das vorgegebene Rechnersystem, insbesondere nach den speziellen Anforderungen der Stadt Düsseldorf, nachweisen können. Ein Wartungs- und Instandhaltungsvertrag entsprechend der vom Auftraggeber gesetzten Bedingungen ist als Bestandteil des Angebotes mit einzureichen. Die Fertigstellung der Baumaßnahme muss 8 Wochen nach Auftragsbeginn sichergestellt sein. Ausführungs-/ Lieferzeit: 8 Wochen nach Auftragserteilung. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Sicherheitsleistungen: keine. Ausgabe ab: 02.06.2014. Ausgabe bis: 10.06.2014. Druckkosten: 31,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Eröffnung der Angebote: 17.06.2014 um 12:00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 29.07.2014. Bieter, sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit sie bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, sind verpflichtet, die gemäß §§ 4 und 18 des Tarifreue- und Vergabegesetzes NRW vom 10.01.2012 geforderten Verpflichtungserklärungen abzugeben.

■

Stadtentwässerungsbetrieb

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOB)**

Es sollen vergeben werden: **Kanalerneuerung, Oststraße**. Umfang der Leistung: 97 m Kanal DN 600 Stz, 85 m Kanal DN 400 Stz, Fertigteil-schächte, Gleisrückbau, Güteschutz AK2. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Ausführungs-/ Lieferzeit: August 2014 bis Juni 2015. Sicherheitsleistungen: 5% der Auftragssumme für die Ausführung und 3% der Abrechnungssumme für die Mängelansprüche. Ausgabe der Angebotsdrucke ab: 02.06.2014. Ausgabe bis: 17.06.2014. Druckkosten: 40,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Eröffnung der Angebote: 24.06.2014 um 10:00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 21.07.2014. Referenzen sind dem Angebot gemäß den Vergabeunterlagen beizufügen. Bieter, sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit sie bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, sind verpflichtet, die gem. §§ 4 und 18 des Tarifreue- und Vergabegesetzes NRW vom 10.01.2012 geforderten Verpflichtungserklärungen abzugeben. Zudem ist die Verpflichtungserklärung gemäß § 19 TVG-NRW vom Bieter abzugeben.

■

Ausschreibungsunterlagen können ab dem jeweils angegebenen Zeitpunkt abgeholt werden bei: Landeshauptstadt Düsseldorf, Bauverwaltungsamt -Submissionsstelle-, Brinckmannstraße 5, 3. Etage, Zimmer 3161, 40225 Düsseldorf, Montag bis Donnerstag von 7.30 bis 16.00 Uhr, Freitag von 7.30 bis 13.00 Uhr (Telefon 0211-89-93902 / Fax 89-29080/ e-mail: ausschreibungen@duesseldorf.de).

Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich bei der v.g. Stelle unter Angabe des Vergabeamtes und des Ausschreibungsobjektes angefordert werden. Sofern gefordert, ist ein auf den Betrag der Druckkosten ausgestellter Scheck beizufügen. Der Betrag kann auch unter Angabe des Kassenzeichens 6004-7400-0195-4 und der Bezeichnung der Ausschreibung auf das

Konto der Stadtkasse Düsseldorf bei der Sparkasse Düsseldorf (IBAN: DE61 3005 0110 0010 0004 95, BIC: DUSSEDDXXX) überwiesen werden. Die Ausgabe bzw. die Übersendung der Unterlagen erfolgt nur gegen den Nachweis der Überweisung. Unterlagen, die kostenlos abgegeben werden, können auch per Fax unter der v.g. Nummer oder per e-mail angefordert werden.

Geforderte Referenzen sind dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbes beizufügen. Für die Anforderung von Ausschreibungsunterlagen sind Referenzen nicht erforderlich. Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Zahlungen erfolgen nach § 16 VOB/B bzw. § 17 VOL/B.

Abgabe der Angebote zu den oben genannten Öffnungszeiten bei der v.g. Stelle, jedoch in der Poststelle des Bauverwaltungsamtes, Zimmer 3101. Die Angebote sollten möglichst 15 Minuten vor dem Eröffnungs-/Abgabetermin dort vor-

liegen. Bitte berücksichtigen Sie bei der Übersendung Ihrer Angebote einen mindestens 2-tägigen Postweg! Angebotseröffnungen nach der VOB finden bei v.g. Stelle in Zimmer 3162 in Gegenwart der Bieterinnen und Bieter statt. Bei Ausschreibungen nach der VOL sind Bieterinnen und Bieter nicht zugelassen. Teilnahmewettbewerbe: Bewerbungen in deutscher Sprache richten Sie mit den geforderten Unterlagen bitte ebenfalls an die v.g. Stelle. Die Anträge können auch durch Fax, e-mail oder Telefon übermittelt werden, müssen aber vor Ablauf der Bewerbungsfrist schriftlich bestätigt werden.

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen unterhalb der EU-relevanten Schwellenwerte können sich Bewerberinnen und Bewerber oder Bieterinnen und Bieter an die Bezirksregierung Düsseldorf, Fischerstraße 2, 40474 Düsseldorf, wenden.

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen oberhalb der EU-relevanten

Schwellenwerte können sich Bewerberinnen und Bewerber oder Bieterinnen und Bieter an die Vergabekammer bei der Bezirksregierung Düsseldorf, Am Bonnhof 35, 40474 Düsseldorf wenden.

Alle Ausschreibungsveröffentlichungen finden Sie im Internet unter www.duesseldorf.de/ausschreibung. Soweit technisch möglich, können verschiedene Ausschreibungen auch komplett kostenlos abgerufen werden.

Sprechstunden des Seniorenbeirats

Einige Mitglieder des Seniorenbeirats laden im Juni wieder zu Sprechstunden ein und stehen dann älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Rat und Auskunft zur Verfügung:

Stadtbezirk 1 (Altstadt, Carlstadt, Stadtmitte, Pempelfort, Derendorf, Golzheim)
Dienstag, 3. Juni, von 10 bis 12 Uhr, Bezirksverwaltungsstelle 1, Kasernenstraße 6, 4. Etage, Zimmer 404, telefonisch erreichbar unter 89-9 60 25.

Stadtbezirk 2 (Düsseltal, Flingern)
Mittwoch, 4. Juni, von 14 bis 15 Uhr im „zentrum plus“/Diakonie, Grafenberger Allee 186. Während dieser Zeit telefonisch erreichbar unter 66 67 87.

Stadtbezirk 3 (Oberbilk, Friedrichstadt, Bilk, Unterbilk, Hafen, Hamm, Volmerswerth, Flehe)
Donnerstag, 26. Juni, von 11 bis 13 Uhr in der Bezirksverwaltungsstelle 3, im Stadtteilzentrum Bilk, 3. Etage, Bachstraße 145. Während dieser Zeit telefonisch erreichbar unter 89-9 30 62.

Stadtbezirk 4 (Oberkassel, Niederkassel, Lörick, Heerdt)

Mittwoch, 18. Juni, von 15 bis 16 Uhr, gemeinsam dem Verkehrskommissariat der Polizei Düsseldorf, im „zentrum plus“/Diakonie, Gemünder Straße 5. Während dieser Zeit telefonisch erreichbar unter 58 67 71 11.

Stadtbezirk 5 (Stockum, Lohausen, Kaiserswerth, Wittlaer, Kalkum, Angermund)
Montag, 9. Juni, von 10 bis 12 Uhr in der Bezirksverwaltungsstelle 5, Rathaus Kaiserswerth, Konferenzraum 1. Etage, Kaiserswerther Markt 23. Während dieser Zeit telefonisch erreichbar unter 89-2 30 21 und 0172-2425491.

Stadtbezirk 6 (Lichtenbroich, Unterrath, Rath, Mörsenbroich)
Dienstag, 3. Juni, von 15.30 bis 17 Uhr, im Caritaskreis St. Maria unter dem Kreuze, Kürtenstraße 160. Während dieser Zeit telefonisch erreichbar unter 01573-2472461.

Stadtbezirk 7 (Gerresheim, Grafenberg, Ludenberg, Hubbelrath)
Dienstag, 24. Juni, von 10 bis 12 Uhr, im „zentrum plus“/Diakonie, Am Wallgraben 38. Während dieser Zeit telefonisch erreichbar unter 29 65 28.

Stadtbezirk 8 (Lierenfeld, Eller, Vennhausen, Unterbach)

Donnerstag, 5. Juni, von 11 bis 12 Uhr im Rathaus Eller, Gertrudisplatz 8. Während dieser Zeit telefonisch erreichbar unter 89-9 33 88.

Stadtbezirk 9 (Wersten, Himmelgeist, Iltter, Holt hausen, Reisholz, Hassels, Benrath, Urdenbach)
Donnerstag, 12. Juni, von 10 bis 11 Uhr, im „zentrum plus“/Diakonie, Calvinstraße 14. Während dieser Zeit telefonisch erreichbar unter 9 96 39 31.

Stadtbezirk 10 (Garath, Hellerhof)
Mittwoch, 18. Juni, von 10 bis 12 Uhr im „zentrum plus“/Diakonie, Fritz-Erler-Straße 21. Während dieser Zeit telefonisch erreichbar unter 6 02 54 78.

IHR GANZ PERSÖNLICHER OPERN- UND BALLETTSPIELPLAN

DIE ACHTERKARTE DER DEUTSCHEN OPER AM RHEIN

Was Sie wünschen, wann Sie Zeit haben: Mit der Achterkarte der Deutschen Oper am Rhein erhalten Sie acht Gutscheine – Sie kommen achtmal allein, viermal zu zweit oder zweimal zu viert ins Opernhaus Düsseldorf. Erhältlich schon ab 108,00 € für Ihre Opern- und Ballettwunschvorstellungen der gesamten Spielzeit*!

INFOS & BUCHUNG Tel. 0211.13 37 37 · www.operamrhein.de

* Premieren, Sonderveranstaltungen, Silvester und Gastspiele ausgenommen



Öffentliche Zustellungen

Ordnungsamt:

des Bescheides 3270-0465-5035-6 SB 007 vom 24.04.2014 an Miguel Sarafim Lopes Moreira, Res Les Hauts De L'hipodrome 4, 33320 Eysines, Frankreich

des Bescheides 3270-0464-9026-4 SB 011 vom 06.05.2014 an Dimitris Ploumaris, Wolfsstraße 2-4, 50667 Köln

des Bescheides 3280-0484-9306-1 SB 004 vom 06.05.2014 an Ion Voicu, Kölner Straße 73, 40211 Düsseldorf

des Bescheides 3270-0464-7733-0 SB 059 vom 25.04.2014 an Wang, Kui, Henschelstraße 34, 60314 Frankfurt

des Bescheides 3270-0463-9080-4 SB 006 vom 24.04.2014 an Maslombojevs, Aleksandrs, Heiligenkamp 46, 48619 Heek

des Bescheides 3290-1054-8509-2 SB 014 vom 10.03.2014 an Brüggemann, Walter, Zeppenheimer Weg 7 M, 40489 Düsseldorf

des Bescheides 3290-5000-0015-4 SB 006 vom 06.05.2014 an Josip Mitrovic, Kölner Straße 357, 40227 Düsseldorf

des Bescheides 3270-0463-1373-7 SB 021 vom 01.04.2014 an Hashmi, Nayyar, Kapellenstraße 18, 53879 Euskirchen

des Bescheides 3270-0465-2205-0 SB 011 vom 07.05.2014 an Pillai, Ray, Vale Road 21, SL45JZ Windsor, Großbritannien

des Bescheides 3290-5000-1034-6 SB 013 vom 25.04.2014 an Kolyo Petrov Ilev, Markenstraße 2, 40227 Düsseldorf

des Bescheides 3270-0460-9512-8 SB 118 vom 28.10.2013 an Mierzejewski, Mieczyslaw Aleksander, Bokermühlstraße 33, 45879 Gelsenkirchen

des Bescheides 3260-0003-9124-0 SB 116 vom 14.04.2014 an Kavanagh, James, Carnaross Kells 0, 123456 Kells, Irland

des Bescheides 3270-0464-4105-0 SB 113 vom 09.04.2014 an Dades, Naim, Rheindorfer Straße 27, 51371 Leverkusen

des Bescheides 3270-0461-4915-5 SB 112 vom 18.02.2014 an Christian Peter Buesgen, Alte Straße 36, 53424 Remagen

des Bescheides 3270-0462-9426-0 SB 118 vom 14.04.2014 an Manolakis, Emmanouil, Episkopi-Hauptstraße 13, 74055 Episkopi-Rethymnon, Griechenland

des Bescheides 3270-0459-2177-6 SB 112 vom 02.05.2014 an Alexander Degen, Am Angelsdorf 23, 50259 Pulheim

Die Bescheide können beim Ordnungsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf, Erkrather Straße 1-3, D-40233 Düsseldorf, eingesehen bzw. in Empfang genommen werden.

Mit der öffentlichen Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Amt für Soziale Sicherung und Integration:

an Frau Magdalena Petrovici, frühere Anschrift: Hohenfriedbergstraße 23, 40231 Düsseldorf, derzeitiger Aufenthalt Ukraine. Öffentliche Zustellung gem. § 10 II Verwaltungszustellungsgesetz (VwzG) des Widerspruchsbescheides 50/13-11-03 zu §§ 23, 41 Sozialgesetzbuch 12. Buch (SGB XII) vom 26.05.2014

Der Widerspruchsbescheid kann unter folgender Adresse eingesehen oder abgeholt werden: Landeshauptstadt Düsseldorf, Der Oberbürgermeister, Amt für soziale Sicherung und Integration, Willi-Becker-Allee 8, Zimmer 535, 40227 Düsseldorf, montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr.

Mit dieser öffentlichen Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

DIE FAMILIEN-KARTE.

Ein Projekt der familienfreundlichen Landeshauptstadt Düsseldorf.

:DÜSSELDORF

www.duesseldorf.de/familienkarte

Hotline 0211.89-99051

www.duesseldorf.de